

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am Donnerstag, den 10.02.2022, 19.30 Uhr im großen Saal im Haus der Insel

Es sind erschienen:

Ratsherr Jan Martin Janssen, Vorsitzender
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Peters

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Rüdiger Schmidt
Ratsherr Garrels (beratendes Mitglied)

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Finanzleiterin Gabriele Ruffert
Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen
Tourismusmanager Nils Janssen
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gäste:

Ratsherr Michael Recktenwald
Kämmerin Cornelia Baller
Abteilungsleiter Marc Sjuts

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Janssen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wurde im Vorfeld um den Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 15: Ausschreibungsergebnis mobile Hebebockanlage für Schienenfahrzeuge
(s. Vorlage Nr. VO22-027)**

erweitert.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021

Die Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 30.11.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Ron Piekarski

Herr Piekarski verweist auf den Tagesordnungspunkt 10 „Prüfung der statischen Voraussetzungen für die Bebaubarkeit des Haus der Insel“. In der Vorlage sei lediglich ein Ausschnitt aus dem Gutachten veröffentlicht. Er fragt, ob das komplette Gutachten der Bevölkerung öffentlich bekannt gemacht werden könne.

Bürgermeisterin Horn wird zur Anfrage Rücksprache mit dem Architekten halten.

Ron Piekarski

Herr Piekarski verweist auf den Punkt 11 „Willenserklärung und Beschlussfindung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Zukunft des Kurviertels, insbesondere des HDI“ und fragt, wann die Bürger mit einbezogen werden.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass zum Thema nur noch öffentliche Sitzungen stattfinden sollen. Unter anderem werde das Thema heute beraten. Die Vorlage sei ein Extrakt aus dem Gespräch mit dem Landkreis. Es soll die Möglichkeit geben sich im Haus der Insel während einer Veranstaltung zu beteiligen. Außerdem werde über eine Online-Befragung nachgedacht. In dem Rahmen sollen die Bürger in dem gesamten Prozess einbezogen werden.

Andreas Moselage

Herr Moselage fragt zum Tagesordnungspunkt 7 „Preiserhöhung Kur- und Wellnesscenter“, ob Überlegungen bestehen das Schwimmbad einzubeziehen und wieder einen Eintrittspreis zu erheben. Am Festland würden die Eintrittsgelder durchschnittlich bei 15,00 Euro liegen, damit ein Schwimmbad überhaupt wirtschaftlich arbeiten könne. Daher frage er sich, wie es für Langeoog funktionieren soll.

Kämmerin Baller teilt mit, dass die Kalkulation für Gäste- und Tourismusbeiträge in Kürze wieder Thema sein werde. Der Aufwand des TSL würde einbezogen, danach werde ein 5 %iger öffentlicher Anteil abgezogen. Die Aufwendungen, die dann verbleiben, danach müsse man entscheiden, ob Eintrittsgelder oder Gäste- und Tourismusbeiträge genommen werden. Bei Eintrittsgeldern im Schwimmbad sinke automatisch die Höhe der Beiträge. Im Ergebnis stelle man sich nicht besser. Die Aktion „Langeoog geht baden“ wird als gute Aktion für die Insel gesehen, die auch entsprechend Gäste auf die Insel bringe.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführungen, dass im März eine Firma die Kalkulation online vorstellen wird. Die Materie sei schwer zu verstehen. Der Rat werde zu der Veranstaltung eingeladen. Ein Experte soll die Berechnung vermitteln und die Vergleiche zu den Nachbarinseln erläutern.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert, dass letztendlich der Rat die Entscheidung treffen müsse. Seinerzeit habe man sich bewusst für die Aktion „Langeoog geht baden“ entschieden und über den Gästebeitrag erhebliche Mehreinnahmen erzielt. Zudem war die Aktion als eine Belebung der Vor- und Nachsaison gedacht.

Tourismusmanager Jenssen teilt mit, dass im laufenden Jahre Alternativmodelle geprüft und dem Rat vorgestellt werden sollen.

Olaf Hube

Herr Hube verweist auf den Punkt 11 „Willenserklärung und Beschlussfindung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Zukunft des Kurviertels, insbesondere des HDI“ und fragt, ob eine Beteiligung der Bevölkerung wirklich gewährleistet sei.

Bürgermeisterin Horn bejaht die Frage. Man müsse unterscheiden bei der Meinungsbildung. Letztendlich liege die Entscheidung beim Land Niedersachsen. Die Gemeinde müsse ein Konzept vorlegen, welches vom Land Niedersachsen in wirtschaftlicher Hinsicht akzeptiert werde. Es gehe um die Betreuung der Liegenschaften. Wenn das Land verneint, seien alle raus. Seitens des Landes sei der Rahmen gesteckt. Man habe die Aufgabe gegenüber dem Land Niedersachsen zu berücksichtigen.

Zu Punkt 7: Preiserhöhung Kur- und Wellness-Center zum 01.03.2022 **(s. Vorlage Nr. VO22-017)**

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Auf die Frage von Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus, ob sich die Preiserhöhungen auf den Gästebeitrag auswirken, erklärt Kämmerin Baller, dass dies in der nächsten Gästebeitragskalkulation berücksichtigt werden müsse, wenn die Preise nicht erhöht würden und die Aufwendungen nicht gedeckt werden können. Wenn der Aufwand durch erhöhte Preise gedeckt sei, sei der Gästebeitrag nicht berührt.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig die Preiserhöhung für die Leistungen des Kur- und Wellness-Centers ab dem 01.03.2022 in der beigefügten Fassung.

Zu Punkt 8: Verbesserung der LangeoogCard Abfertigung am Bahnhof Langeoog **(s. Vorlage Nr. VO22-018)**

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Ratsfrau Peters verweist auf das extra seinerzeit erstellte Abfertigungsgebäude am Hafen. Sie berichtet über die Idee der Bahnmitarbeiter einen Vorzug am Hafen abzufertigen und die restlichen Fahrgäste am Bahnhof, um dadurch die Gästeströme zu entzerren. Die Parkanlage sollte ihrer Auffassung nach nicht verändert werden.

Leiter Reedereibetrieb Heyen hält den Vorschlag nicht für zielführend. Eine einheitliche Lösung sei besser, da die Gäste mit unterschiedlichen Regelungen nicht klar kämen. Der erste Vorschlag mit Umbau des Parks sei inzwischen überdacht und eine zweite Variante mit einem Wartebereich erstellt worden. Er berichtet über die Verzögerungen am Hafen, wenn Gäste nicht für die Abfahrt gebucht seien oder ihren Gästebeitrag nicht entrichtet haben. Er schlägt vor, zu den Osterferien den Ablauf über die vorgeschlagene Variante 2 auszuprobieren und in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses über das Ergebnis zu berichten.

Für die Variante 2 entstehen derzeit keine Kosten. Wenn der Ablauf sich bewähre, müsse ein Container angeschafft werden.

Ratsfrau Peters empfiehlt ihren Vorschlag zu den Osterferien probeweise durchzuführen.

Tourismusmanager Jenssen würde von einer Abfertigung am Hafen absehen wollen. Er weist auf die fehlenden Sitzgelegenheiten und Toiletten hin. Am Bahnhof seien Ausweichmöglichkeiten vorhanden und bei längeren Wartezeiten alles entspannter. Es gebe in der Saison nur wenige Tage mit Hochlastsituationen.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet über die Abfertigung in der Saison 2020. Gäste, die nicht für die Abfahrt eingebucht gewesen seien, hätten am Hafen große Verzögerungen verursacht und somit auch die Abfahrtzeiten hinausgeschoben.

Ratsfrau Kraus spricht sich dafür aus, nach Corona bei der Abfertigung am Hafen zu verbleiben. Sie halte die Abfertigung am Bahnhof nicht für gästefreundlich und verweist auf die langen Warteschlangen. Die Struktur am Bahnhof müsste umgeändert werden. Am Hafen sei alles vorhanden.

Bürgermeisterin Horn weist darauf hin, man könne nicht immer alle zufrieden stellen. Jede Logistik sei irgendwann einmal ausgereizt. Es werde immer Tage geben, wo das Volumen nicht ausreichend sei. Wie von Leiter Reedereibetrieb Heyen berichtet, habe man verschiedene Wege ausprobiert.

Tourismusmanager Jenssen bringt vor, dass es leider häufiger vorkomme, dass Gäste am Hafen durch nicht bezahlte Gästebeträge Unregelmäßigkeiten reinbringen. Diese führen zu Druck und Problemen am Hafen, was auch die Mitarbeiter und mitreisenden Gäste deutlich stärker spüren. Am Bahnhof sei die Situation für alle entspannter.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass am Bahnhof die Kontrolle des Gästebetrages und der Fahrkarte erfolge. Variante 2 soll die Möglichkeit geben, ohne Kosten die Abfertigung durchzuführen. Es handle sich um eine Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus möchte wissen, wo bei der Variante 2 die Schlangenbildung hinführen würde.

Leiter Reedereibetrieben Heyen erwarte keine große Schlangenbildung mehr. Die Abfertigung erfolge früher und die Fahrgäste würden in den Wartebereich geführt.

Ratsfrau Kraus äußert Ihre Bedenken in der Schlange ungeschützt den Witterungsverhältnissen ausgesetzt zu sein. Am Bahnhof habe es früher keine Schlangen gegeben. Am Hafen sei der Weg ins Gebäude kürzer und die Gäste bei schlechtem Wetter geschützt. Sie halte den Wartebereich am Bahnhof für nicht gästefreundlich.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Logistik. Man habe mehr Überdachungen als andere und könne nicht alle Wünsche erfüllen. Ihrer Erfahrung nach, würde dies niemanden davon abhalten auf die Insel zu fahren.

Ratsfrau Kraus verweist auf die bisherige Abfertigung vor Corona. Diese scheint ihr gastfreundlicher. Nach Corona sollte man dahin zurückkommen. Bis Corona habe es am Bahnhof keine Schlangenbildung gegeben.

Vorsitzender Janssen verweist auf das wichtigste Argument, dass auf keinen Fall der Bahnhofspark in Mitleidenschaft gezogen werden soll. Man habe sich seinerzeit für die Abfertigung am Hafen entschieden und dort auch nicht unwesentlich investiert. Coronabedingt habe man die Abfertigung umgestellt. Er könne allen Argumenten folgen, würde aber jetzt vorschlagen die Variante 2 auszuprobieren und nach Ostern das Ergebnis vorzustellen.

Die Frage von Ratsfrau Peters, ob nach Corona die Kontrolle wieder an den Hafen verlegt wird, verneint Leiter Reedereibetrieb Heyen. Er verweist auf das fahrtengenaue Buchen. Hierfür sei die Abfertigung am Bahnhof notwendig.

Ratsfrau Kraus äußert sich bezüglich der Stornogebühr von € 5,00. Der Gast werde im Serviceangebot eingeschränkt. Sie schlägt vor es umzudrehen und dem Gast kostenpflichtig eine Platzbuchung anzubieten.

Tourismusmanager Jenssen erklärt, dass eine Umbuchung kostenlos erfolge.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Kraus an. Die Stornogebühr führe zu Diskussionen mit Gästen. Der Gast sollte online eine Sitzplatzreservierung vornehmen können.

Leiter Reedereibetriebe Heyen stellt richtig, dass der Tagesgast online buchen und jederzeit kostenlos umbuchen könne. Dies werde auch in Kürze auf die übrigen Gäste ausgeweitet.

Tourismusmanager Jenssen erklärt, dass es um eine Stornogebühr gehe. Stornierungen würden Aufwand bedeuten (Rücksendungen, Zahlungsverkehr). Eine Umbuchung erfolge dagegen kostenlos. Er rät von einer Sitzplatzreservierung ab. Der Aufwand sei zu groß und es würden Sitzplätze blockiert. Er erläutert das System der Bahn. Fahrkarten und Plätze würden dort separat behandelt. Die LangeoogCard enthalte die Fahrkarte. Es würde nicht differenziert.

Bürgermeisterin Horn verweist bei allem, was gemacht wird, auch auf den Mitarbeiteraufwand für Variante 1 oder 2. Es gehe um Gästefreundlichkeit, aber auch darum, was seitens der Mitarbeiter geleistet werden könne.

Ratsherr Peters schlägt vor, Variante 2 zu testen und nach Ostern zum nächsten Betriebsausschuss die Mitarbeiter dazu zu holen.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig, die vorgeschlagene Variante 2, ohne Verlegung der Abstellflächen in den Park und nach Ostern im Betriebsausschuss ein Feedback der Mitarbeiter vortragen zu lassen.

**Zu Punkt 9: Umsetzung der geänderten Genehmigung für den Hubschrauberlandeplatz und Auftragsvergabe für die Planung und Umsetzung der Maßnahme
(s. Vorlage Nr. VO22-019)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt. Der Hubschrauberlandeplatz entspreche nicht mehr den Vorgaben. Aufgrund der damaligen Beschlüsse sei eine Änderung der Genehmigung beantragt und erteilt worden. Die Luftaufsicht fordere nun dies umzusetzen oder die Genehmigung zurückzuziehen. Der Hubschrauberlandeplatz würde seine Genehmigung verlieren. Das würde dann bedeuten, dass der Helipad nicht mehr nutzbar wäre bzw. ein Pilot nur noch bei Rettungseinsätzen entscheiden könnte auf der Fläche zu landen. Krankentransporte müssten unter Berücksichtigung der genehmigten An- und Abflugverfahren über die Landebahn einfliegen und auf dem Vorplatz landen. Das könnte Auswirkungen auf den Flugplatzbetrieb haben, insbesondere, wenn der Platz in der Saison ausgelastet ist.

Auch die Stellplatzsituation müsste ggf. geprüft werden. Wenn die Genehmigung umgesetzt werde, dürfen alle Hubschrauber auf dem Helipad landen. Ansonsten müsse das „H“ entfernt werden. Es müsse jetzt der Planungsauftrag erfolgen. Es lägen zwei Angebote vor. Es bestanden die Möglichkeit Stundensätze anzugeben oder nach HOI abzurechnen, daher resultieren die großen Unterschiede in den Angeboten. Die Auskömmlichkeit der Preise sei von der Baubetreuung Oldenburg bestätigt worden. Es sei denn, es ergäbe sich zusätzlicher Aufwand.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus berichtet über ein Gespräch mit dem Flugleiter Kuper, der mit der Luftaufsicht gesprochen habe. Danach würde eine zusätzliche Pflasterung nicht benötigt. Es würden 12 Lampen von gelb auf grün gewechselt und zusätzlich 6 weiße Lampen als Anfluglampen benötigt. Danach könne der Helipad wieder genutzt werden. Nach Auskunft von Herrn Kuper gebe es keine Fristsetzung. Die Umstellung würde Kosten in Höhe von € 15.000,00 verursachen, wenn die Luftaufsicht diese so genehmige.

Bürgermeisterin Horn wendet ein, dass die Verwaltung ebenfalls mit der Luftaufsicht spreche. Man habe dort eine solche Auskunft nicht erhalten. Sie werde morgen nochmals mit der Luftaufsicht sprechen. Es lägen zwei contraire Aussagen vor.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist darauf, dass es schön gewesen wäre, wenn sich Herr Kuper bei der Verwaltung gemeldet hätte. Zudem verweist er auf ein gestriges Telefonat mit der Luftaufsicht. Von dort habe es keinen Hinweis auf diese Lösung gegeben. Er berichtet über das damalige Verfahren im Rat. Der Rat habe sich seinerzeit für Variante 5 entschieden. Sollte es eine einfachere Planung geben, würde man diese selbstverständlich nachprüfen und umsetzen.

Vorsitzender Janssen spricht sich für den Beschlussvorschlag a) aus. Dieser sollte unter Vorbehalt erfolgen, dass vorab die bisherige Planung mit der Luftaufsicht abzustimmen und ggf. anzupassen sei.

Auf die Frage von Ratsfrau Peters erläutert Allgemeiner Vertreter Heimes die Änderung der Pflasterung für den Hubschrauberlandeplatz.

Bürgermeisterin Horn verweist auf eine Änderung der Pflasterung bezüglich der Gewichtsklassen für schwerere Maschinen und Hubschrauber.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus verweist auf die vollgenehmigte Landebahn. Hier sollte ansonsten über die Beleuchtung der Landebahn nachgedacht werden, wo dann alle Flugzeuge und Hubschrauber landen können.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, wenn dies so gewünscht sei, könne man es planen. Es müsse aber das Gesamtkonzept des Flugplatzes bedacht werden. Er verweist auf das Stellplatzsystem. Problem sei derzeit nur der Seaking, der zu schwer sei, aber nur selten komme. Wenn dieser nur gelegentlich lande sei der Helipad nutzbar. Bei regelmäßigen Landungen von schweren Maschinen sei die Fläche nicht geeignet.

Der BetrA beschließt mit 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

- a) Den Umbau des Helipads gemäß dem ursprünglichen Ratsbeschluss durchzuführen und die Verwaltung mit der Beauftragung des Ing.-Büro für Baumanagement, Baubetreuung und Bauberatung Oldenburg, Dipl.-Ing. Daniel Reccius zum Preis von netto € 12.787,70 zu beauftragen. Die entsprechenden Ausschreibungsergebnisse sind den Gremien entsprechend den Wertgrenzen zur Entscheidung vorzulegen. Vorab ist die bisherige Planung mit der Luftaufsicht abzustimmen und ggf. anzupassen.

Zu Punkt 10: Prüfung der statischen Voraussetzungen für die Bebaubarkeit des Haus der Insel
(s. Vorlage Nr. VO22-020)

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Vorsitzender Janssen schließt sich der zu Beginn aus dem Publikum gestellten Frage an, warum nur Teile des Gutachtens des Sachverständigenbüros in der Vorlage veröffentlicht wurden. Das ganze Gutachten lese sich durchaus positiver als dargestellt. Vorsitzender Janssen teilt mit, dass in seiner zweiten vorgestellten Variante die Unsicherheiten der Bebauung bereits rausgenommen wurden. Er würde es begrüßen, wenn das gesamte Gutachten veröffentlicht werden könne, da sich das Gutachten in dem Bereich durchaus positiver lese. Herr Thater habe Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln zugesagt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass der Auftrag lautete eine Vorlage zur Feststellung des Aufwandes zur Bebaubarkeit zu erstellen. Dazu müsse er darauf hinweisen, was für Kosten entstehen können. Die Texte seien aus dem Gutachten 1:1 entnommen.

Ratsfrau Kraus informiert darüber, dass Rat und Verwaltung nach dem Besuch beim Landkreis ganz neu denken müssen. Am 22. d. M. treffen sich Ratsmitglieder um zu klären, was innerhalb des Rates präferiert werde. Sie selber sehe keine weiteren Untersuchungen als notwendig. Es sollte mit den Bürgern der Inhalt besprochen werden. Sie würde den Tagesordnungspunkt zurückstellen.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus sieht eine Grundsatzentscheidung als erforderlich. Die Bürger müssen einbezogen werden, bevor ein weiterer Auftrag erteilt werde. Die Meinungen der Insel seien gespalten zum Erhalt und Verkauf des Haus der Insel.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass es nicht darum gehe, was sich die Kommune wünsche. Es gehe darum nachzuweisen, dass etwas nachhaltig bewirtschaftet werde und das Land Niedersachsen dazu die Vorgabe mache, völlig unabhängig davon, was Langeoog am liebsten möchte. Es könne dem Bürger nicht suggeriert werden, dass eine Meinungsabfrage bindend sei. Der Rahmen sei vom Land vorgegeben. Selbst eine Bürgerinitiative könnte nicht zum Tragen kommen, wenn der Landkreis sage, es entspreche nicht dem Entschuldungsvertrag.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die alternativen Beschlussvorschläge.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus verweist auf die Aussage des Landrates, es stehe nicht zur Frage, das Haus der Insel verkaufen zu müssen. Es müssen nicht benötigte Liegenschaften veräußert werden um den Entschuldungsvertrag zu erfüllen. Es müsse ein Grundsatz gefunden werden, was beschlossen werden soll. Sie spreche sich für den Beschlussvorschlag C aus.

Kämmerin Baller bringt vor, dass laut Entschuldungsvertrag der Tourismus-Service so aufgestellt werden müsse, dass die Gemeinde in der Lage sein müsse die Defizite zu decken. Der laufende Aufwand müsse gesenkt und der Betrieb zukunftsfähig gemacht werden.

Vorsitzender Janssen erklärt, der Rat müsse eine Grundsatzentscheidung fällen und klären was man sich wirtschaftlich leisten könne. Dies soll im Anschluss mit der Verwaltung der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Ratsfrau Kraus stellt den Antrag über den Beschlussvorschlag c abzustimmen.

Vorsitzender Janssen bittet den Beschlussvorschlag zu ergänzen, dass der Rat zunächst eine Grundsatzentscheidung treffen müsse.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig

- c) zunächst keine weitere Ermittlung des Aufwands für die Bebaubarkeit der Dachfläche des Hauses der Insel zu beauftragen, da vorerst eine Grundsatzentscheidung des Rates gefällt werden muss

Zu Punkt 11: Willensbildung und Beschlussfindung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Zukunft des Kurviertels, insbesondere des HDI (s. Vorlage Nr. VO22-021)

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Bürgermeisterin Horn erläutert die Bitte des Rates als Ergebnis nach dem Gespräch beim Landkreis die Verwaltung solle die Überlegungen zum weiteren Verfahren mit externer Hilfe vorstellen.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus würde den Punkt zurückstellen wollen und verweist nochmals auf die Grundsatzentscheidung und das Treffen des Rates am 22.02.2022.

Tourismusmanager Jenssen erläutert, dass nach Erstellung der Vorlage weitere Gespräche geführt wurden. Problem sei, dass keine Fakten für ein Konzept vorliegen. Die Angelegenheit sei zeitkritisch und sollte nicht weiter verschoben werden. Es werde schnellstmöglich eine Basis benötigt. Weiteres Aufschieben würde dazu führen, dass die angefragten Moderationen erst im Herbst zur Verfügung stünden. Er verweist auf die Preisspanne zwischen € 25.000,00 und € 60.000,00 trotz einheitlichem Briefing. Für alle Unternehmen gehöre eine Ist-Analyse dazu. Man rede über die Gestaltung des Kurviertels und eine Gesamtkonzeption, die letztendlich auch ein touristisches Konzept beinhalte. Nur wenn die Richtung bekannt sei, könne man sagen, was mit den Liegenschaften durchgeführt werden könne. Wenn ein Konzept entwickelt und Ziele formuliert seien, könne man sagen, welche Leistungen zielführend seien. Die Leistungen müssten dann in den Liegenschaften dargestellt und umgesetzt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass die Vorlage aus einem Nachgespräch mit den Teilnehmern des Termins beim Landkreis entstanden sei. Dieser Vorschlag sei angelehnt an die schon einmal durchgeführten Tourismustage, um die Diskussion von den Gebäuden wegzubekommen und zu sehen, was der Tourismus in den nächsten Jahrzehnten verlange und wo Langeoog sich hin entwickeln müsse. Der Rat soll mit der Beratung unterstützt werden.

Bürgermeisterin Horn fügt hinzu, dass die touristische Ausrichtung fehle. Es gebe zwar die touristischen Säulen, hier fehle aber die Schärfe in der Bedienung. Es gebe eine ganz klare Forderung auch von den Langeoogern, zu definieren, was für eine Destination die Insel sein wolle.

Kämmerin Baller ergänzt die Ausführungen, die große Herausforderung sei, dass die Kommunalaufsicht kein weiteres Darlehen gewähre, bevor nicht ein schlüssiges Konzept vorgelegt werde.

Ratsherr Recktenwald erklärt, dass nach dem Treffen der Ratsmitglieder am 22.02.2022 ohnehin Hilfe benötigt werde. Er empfiehlt heute einen Beschluss zu fassen.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus würde nach den Erläuterungen von Tourismusmanager Jenssen ebenfalls einem heutigen Beschluss zustimmen.

Tourismusmanager Janssen würde eine Beschlussfassung begrüßen um tätig werden zu können.

Ratsfrau Kraus erkundigt sich, ob bei der Auswahl der Moderatoren der Rat mitentscheiden könne und erklärt ihre Frage mit einem Erlebnis aus einer früheren Moderation.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass vergleichbare Angebote eingeholt würden. Der erste Schritt sei die Ausschreibung und der Preis. Der zweite Schritt die Wirtschaftlichkeit.

Allgemeiner Vertreter Heimes Vergabe verweist auf verschiedene positive Beispiele, bei denen für Langeoog gute Ergebnisse erzielt wurden. Positives Beispiel sei die Entwicklung des Masterplanes oder auch die Bürgerbeteiligung zum letzten Interessenbekundungsverfahren. Wenn diese vor dem Verfahren durchgeführt worden wären, wäre Langeoog heute vielleicht weiter.

Auf den Einwand von Ratsfrau Kraus, dass vom Masterplan nicht viel umgesetzt sei, verweist Allgemeiner Vertreter Heimes auf die nicht gefassten Beschlüsse.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig den Tourismus-Service zu beauftragen, einen geeigneten Kooperationspartner zu suchen, mit dem gemeinsam mit Rat und Verwaltung ein zielorientiertes Konzept ausgearbeitet werden soll, das vor den bekannten Rahmenbedingungen – Entschuldungsvertrag sowie weitere Schreiben des Landkreises Wittmund, wirtschaftliche Situation des TSL und Zustand der Liegenschaften – eine realisierbare Lösung ermöglicht, die die strategischen Zielsetzungen berücksichtigt. Der Starttermin für dieses Projekt soll möglichst noch im ersten Halbjahr 2022 liegen.

Zu Punkt 12: Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf Einführung einer Baumschutzsatzung (s. Vorlage Nr. VO22-022)

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Ratsherr Recktenwald erklärt, ihm seien die fehlenden personellen Ressourcen zur Erstellung eines Baumkatasters bei der Gemeinde durchaus bewusst. In heutigen Zeiten werde jeder Baum als Co2-Speicher benötigt. Eine Baumschutzsatzung sei daher sehr wichtig. Den Antragstellern schwebte vor, im privaten Bereich für Baumfällungen eine formlose Anzeige und Begründung für das Wegnehmen an die Verwaltung geben zu müssen.

Abteilungsleiter Sjuts erläutert den Sachverhalt. Bei einer formlosen Anzeige müsse diese trotzdem geprüft werden. Hierfür werde dann trotzdem ein Mitarbeiter (Fachmann) benötigt. Eine formlose Anzeige reiche nicht aus.

Bürgermeisterin Horn begrüßt eine Bauschutzsatzung. Die Frage sei, wie diese für Langeoog ausgestaltet werden soll. Ein Regelwerk sei wichtig. Der Erhalt der Bäume gehe nur im gemeinsamen Miteinander. Es gebe Mustersatzungen. Die Feinheiten müssten abgestimmt werden. Das Thema sei sehr sensibel.

Ratsfrau Kraus äußert, die Bürger müssten sich an eine Satzung gewöhnen und die Gemeinde damit vertraut machen. Es bleibe aber viel Spielraum eine solche Satzung auszugestalten (Größe Bäume, Verbote, Strafen, Ersatzleistungen). Ordnungswidrigkeiten könnten selbst ausgestaltet werden. Wichtig sei es ihr, dass das Thema trotz der vielen Projekt mit aufs Paket komme. Das Gemeindegebiet und das Wäldchen sollten mit in die Satzung aufgenommen werden.

Vorsitzender Janssen würde dem Antrag der Grünen folgen. Abteilungsleiter Sjuts sollte klären, in welcher Form eine Baumschutzsatzung für Langeoog umsetzbar sei.

Abteilungsleiter Sjuts würde zunächst absprechen wollen, was die Satzung beinhalten soll und welche Bäume geschützt werden sollen. Der Inhalt müsse zunächst zusammengetragen werden.

Ratsherr Recktwald bittet einen Beschluss zu fassen und ein Zeichen zu setzen.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus würde die Angelegenheit zunächst im Bauausschuss besprechen wollen und schlägt Beschlussvorschlag b vor.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig

- b. den Antrag von Bündnis90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald zunächst zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu übertragen.

Zu Punkt 13: Antrag Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf Etablierung von speziellen Sammelbehältern für Zigarettenkippen auf der Insel (s. Vorlage Nr. VO22-023)

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Ratsfrau Peters schlägt vor beim Landkreis Wittmund anzufragen. Dort sei ein System für Sammelbehälter vorhanden. Eventuell könne das Konzept übernommen werden.

Bürgermeisterin Horn bringt vor, man spreche bereits seit Oktober über das Thema. Sie teilt mit, dass vom Inner Wheel Club drei Sammelbehälter zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Einrichtung flächendeckend erfolgen soll, müssen die Kosten bedacht werden (Pflege, Leeren, etc.).

Abteilungsleiter Sjuts begrüßt die Idee. Zigarettenkippen sollten fachgerecht entsorgt werden. Er stellt aber auch langfristig die Frage der Pflege und das System zu etablieren. Für den Tourismus-Service würden Mehrkosten entstehen.

Ratsfrau Kraus begrüßt, dass das Problem angegangen werde. Die Umsetzung komme nicht auf den Tag an, sollte aber zwingend umgesetzt werden. Der Antrag soll als Motivation gesehen werden. Die aufgestellten Sammelbehälter müssen etabliert und die Gäste und Insulaner motiviert werden, diese auch zu nutzen.

Abteilungsleiter Sjuts schlägt vor, die gespendeten drei Aschenbecher als Testlauf über die Saison aufzustellen und danach weiter zu entscheiden.

Ratsfrau Kraus sieht in drei Aschenbechern nicht wirklich die Wiedergabe eines Meinungsbildes.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt vor, die drei Behälter an vielgenutzten Orten zunächst aufzustellen und im nächsten Betriebsausschuss etwas vorzustellen. Dann habe man nach Ostern erste Erfahrungen ob die Behälter angenommen werden oder andere besser genutzt würden. Das Angebot sollte man erst einmal annehmen.

Vorsitzender Janssen bittet den Beschlussvorschlag auf den „übernächsten“ Betriebsausschuss zu ändern.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig den Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf Etablierung von speziellen Sammelbehältern für Zigarettenkippen auf der Insel zu prüfen und im übernächsten Betriebsausschuss am 21.04.2022 vorzustellen.

Zu Punkt 14: Antrag Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf sukz. Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf LED/Solar-Technik insbesondere bei Straßensanierungen (s. Vorlage Nr. VO22-024)

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Vorsitzender Janssen weist auf die fehlende Beleuchtung bei der Feuerwehreinfaht hin. Es fehle dort eine Laterne. Eine Solarleuchte halte er nicht für sinnvoll.

Abteilungsleiter Sjuts teilt mit, dass bei der Feuerwehrausfahrt der Kabelanschluss für eine Laterne fehle und daher die Überlegung für eine Solarleuchte bestünde. Er erläutert das „K“ für „Kelvin“ und die verschiedenen Lichtfarben.

Ratsfrau Kraus erklärt, der Antrag sei gedacht für die Umrüstung, insbesondere zunächst bei Straßensanierungen sukzessive auf Solartechnik umzustellen. Solartechniken würden heutzutage auch an bewaldeten Straßen eingesetzt und auch dort wo Stromkabel liegen. Aufgrund der Energiewende würde man sich immer mehr Richtung erneuerbarer Energien hinbewegen müssen. Solartechnik würde zukünftig günstiger als Strom. Die Lampen würden sich nach etwa 5 Jahren rechnen. Ratsfrau Kraus berichtet über die seit 01.01.2022 aufgelegte NKI (Nationale Klimaschutz-Initiative). Parallel dazu gebe es die investiven kommunalen Klimaschutz-Projekte.

Abteilungsleiter Sjuts widerspricht, dass Solartechnik günstiger sei. Im letzten Jahr habe die Gemeinde für 500 Lichtpunkte € 18.000,00 Stromkosten gehabt, je Lampe somit € 36,00. Eine LED Lampe koste aktuell € 3.000,00 und sei heutzutage nicht so haltbar wie angegeben. In der Hauptstraße seien die LED Lampen nach fünf Jahren alle defekt gewesen. Der Austausch habe Kosten von € 1.000,00 pro Lampe verursacht. Er sehe darin keine Wirtschaftlichkeit. Bei Förderprogrammen würde meist nur von Lampenköpfen gesprochen (kein Mast/kein Kabel). Seit 2020 würden in einigen Bereichen die Laternen komplett ausgeschaltet, wodurch erhebliche Energieeinsparungen erreicht wurden.

Ratsfrau Kraus bringt vor, dass bei Solarleuchten eine Abschaltung nachts nicht notwendig sei. Sie verweist nochmals auf die kommunalen Klimaschutz-Projekte. Die Modellprojekte würden die Kosten um ein Vielfaches reduzieren. Man wolle nicht alle Lampen austauschen, sondern ein Zeichen setzen. Auch die Kommunen seien gehalten klimaneutral zu arbeiten. Das zweite Förderprojekt sei nur noch offen bis März/April.

Abteilungsleiter Sjuts wird die Angelegenheit prüfen. Die nächsten Straßensanierungen seien für 2023/2024 (Kirchstraße) und 2025 (Polderweg) geplant. Bei der Kirchstraße sei die Förderung über den Wattenmeerachter angedacht. Doppelförderungen müssten geprüft werden. Er gehe davon aus, dass die jetzigen Fördermaßnahmen für die anstehenden Sanierungen nicht greifen.

Ratsherr Recktenwald weist darauf hin, dass die neuen Solarleuchten lediglich Licht zum Speichern benötigen und kein Sonnenlicht.

Ratsfrau Kraus bittet über den Beschlussvorschlag a) abzustimmen.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig

- a) den Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf sukz. Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf LED/Solar-Technik insbesondere bei Straßensanierungen dem Rat in seiner Sitzung am 10.03.2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Zu Punkt 15: Ausschreibungsergebnis mobile Hebebockanlage für Schienenfahrzeuge
(s. Vorlage Nr. VO22-027)**

Vorsitzender Janssen verliest die Vorlage.

Auf die Frage von Ratsfrau Peters, warum zwischen dem Beschluss und der Ausschreibung drei Jahre liegen, verweist Leiter Reedereibetrieb Heyen auf die erst kürzliche Übernahme vom ehemaligen Eisenbahnbetriebsleiter. Er teilt weiter mit, dass der neue Örtliche Betriebsleiter die Firma kenne und nach Prüfung es sich bei dem Preis um das beste Angebot handle.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig die Vergabe einer mobilen Hebebockanlage für Schienenfahrzeuge zum Preis von 36.800,00€ netto, an die Firma Autolift GmbH, Elxhausen, vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

Zu Punkt 16: Anträge und Anfragen

- a. Ratsherr Recktenwald verweist auf eine Klimaschutzaktion des Landkreis Wittmund. Dieser würde kostenfreie Starterpakete der Ostfriesland-Becher von Recup zur Verfügung stellen. Er verliest eine entsprechende Pressemitteilung und ruft dazu auf, von dem Angebot Gebrauch zu machen.

Zu Punkt 17: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeisterin Horn berichtet über ein Telefonat mit Umweltminister Lies. Dieser habe eine Zusage für eine Strandaufspülung mitgeteilt. Am 31.03.2022 wird eine Inselkonferenz mit den Inselbürgermeisterin und Herrn Lies stattfinden. Weiterhin finde in zwei Wochen ein Austausch zum Havariemanagement statt. Es gehe um die Verlaschung von Containern.
2. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass Herr Dr. Jochem Beißel als neuer Eisenbahnbetriebsleiter am 15.02.2022 tätig werde.
3. Bürgermeisterin Horn gibt zur Kenntnis, dass auf der Homepage der Inselgemeinde als neuer Unterpunkt unter Verwaltung ein Link für Informationen des Landkreises eingerichtet wurde.
4. Bürgermeisterin Horn berichtet über ein Telefonat mit Herrn Heinz Feldmann (Vorstand Sparkasse LeerWittmund). Dieser habe darum gebeten mitzuteilen, dass seitens der Sparkasse keinerlei Tendenzen bestehen die Filiale auf der Insel Langeoog zu schließen.

Zu Punkt 18: Einwohnerfragestunde

Sven Klette

Herr Klette verweist auf die Wegeführung am Bahnhof. Er schlägt vor, für die Überlegungen einen Verkehrsplaner hinzuzuziehen.

Sven Klette

Herr Klette berichtet aus seiner Ratszeit. Damals sei von der Erstellung einer Baumschutzsatzung abgeraten worden, weil es am Festland zu privaten Abholzungen geführt habe.

Ron Piekarski

Herr Piekarski stellt die Frage nach der von Bürgermeisterin Horn vorgebrachten verlorenen Entscheidungsgewalt des Rates und bittet dem Rat die Grenzen aufzuzeigen. Der Rat müsse Faktoren und eine Richtung wissen, in die er entscheiden könne. Herr Piekarski verweist auf die Äußerung von Bürgermeisterin Horn, sie halte es für schwierig Bürger in den Prozess einzubeziehen. Tourismusmanager Jenssen dagegen würde Gäste einbeziehen wollen. Dies widerspreche sich.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass ihr Hinweis sich darauf bezogen habe die Bürger nicht in die Irre zu führen und eine Meinungsabfrage bei einer Mehrheit auch gestaltet werden könne. Andersrum müssten Vorschläge beim Land geprüft werden, ob diese genehmigt würden. Am Ende müsse ein Konzept stehen, das vom Land abgenommen werde. Die Handlungsgrenzen seien bekannt. Sie verweist auf die € 200.000,00 öffentlichen Anteil, die die Gemeinde für den TSL übernehmen müsse.

Tourismusmanager Jenssen ergänzt die Ausführungen bei der Einbindung der Bürger und ggf. der Gäste gehe es um eine Ist-Analyse um erstmal eine Basis zu schaffen. Die Einbeziehung der Insulaner in weitere Schritte sei offen.

Daniel Lang

Herr Lang bittet am Bahnhof wieder Aschenbecher aufzustellen. Hier am Haus der Insel würden zwei stehen. Einer davon sollte am Bahnhof aufgestellt werden.

Abteilungsleiter Sjuts wird dies klären.

Daniel Lang

Herr Lang verweist bezüglich der Beleuchtungen auf Bewegungssensoren und Dämmerungssensoren hin. Er schlägt bei den Überlegungen für neue Beleuchtungen vor, an den Kreuzungen Bewegungsmelder einzurichten. Hierfür gebe es auch Fördermittel.

Zu Punkt 19: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 22.13 Uhr



Heike Horn
Bürgermeisterin



Katja Heimes
Protokollführerin



Ratscherr Jan Martin Janssen
Vorsitzender